

Diemut Majer

„Fremdvölkische“ im Dritten Reich

Ein Beitrag zur
nationalsozialistischen Rechtssetzung und Rechtspraxis
in Verwaltung und Justiz
unter besonderer Berücksichtigung
der eingegliederten Ostgebiete
und des Generalgouvernements



HARALD BOLDT VERLAG • BOPPARD AM RHEIN

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort des Herausgebers	6
Abkürzungsverzeichnis	17
Einführung	21
Einleitung	25
I. Das Spannungsverhältnis zwischen Staatsführung und Staatsverwaltung im nationalsozialistischen Herrschaftssystem	25
II. Recht und Verwaltung als eigenständige Größen im nationalsozialistischen Herrschaftssystem	27
1. Beharrung und Kontinuität	27
2. Strukturelemente	37
III. Rechts- und Verwaltungsprinzipien im nationalsozialistischen Staat	38
1. Führerprinzip	38
a)- Begriff	38
b) Verabsolutierung	43
c) Wirkungen auf den staatlichen Bereich	45
aa) Grundlinien der „völkischen Verfassung“	45
bb) Führerprinzip und staatliche Organisation	50
cc) Führerprinzip und Rechtspflege	52
2. Das Prinzip der Vorherrschaft der Partei über den Staat („politi-	
tisierte Verwaltung“)	61
a) Personelle Verflechtungen von Partei und Staat	62
b) Organisatorische Verflechtungen von Partei und Staat	63
c) Der Einfluß der NSDAP auf die staatliche Personalpolitik	66
d) Die Gleichschaltung der Reichsverwaltung: Das Beispiel der Justiz	74
3. Das Prinzip der „völkischen Ungleichheit“ (Sonderrecht)	82
a) Der nationalsozialistische Begriff der „Volksgemeinschaft“ als Grundlage der „völkischen Gleichheit“	82
aa) Die rassische Grundlage des Begriffs der „Volksgemeinschaft“	84
bb) Die Umdeutung des Rassenbegriffs in den Begriff des „Völkischen“ und seine Ausgestaltung in der Staatsrechtslehre	88
b) Der nationalsozialistische Begriff der „völkischen Gleichheit“	95
c) Der nationalsozialistische Begriff der „völkischen Ungleichheit“: Das Prinzip des Sonderrechts	107
d) Objekte der Verwirklichung der „völkischen Ungleichheit“	118
aa) Juden	118
bb) Andere „fremdvölkische Minderheiten“	125

	Seite
cc) „Fremdvölkische“ in allgemeiner Hinsicht	126
dd) Rassisch „unerwünschte“ Verbindungen	131
ee) „Unerwünschte“ Personen oder Gruppen: Das Prinzip des Sonderrechts als Zentralbegriff des Nationalsozia- lismus	133
e) Territoriale Unterschiede	142

ERSTER TEIL

Das Prinzip des Sonderrechts gegen „Fremdvölkische“ auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts (allgemeine und innere Verwaltung mit Ergänzungsgebieten) 147

1. Abschnitt

Die Verwirklichung der „völkischen Ungleichheit“ im Gebiet des „Alt- reichs“	147
I. Allgemeines	147
II. Beamtenrecht	155
1. „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. 4. 1933	157
2. Deutsches Beamten-gesetz vom 26. 1. 1937	169
III. Rassengesetzgebung im engeren Sinne	180
1. „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 14. 7. 1933	181
2. „Gesetz zum Schütze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ vom 15. 9. 1935	184
3. „Gesetz zum Schütze der Erbgesundheit des deutschen Volkes (Ehegesundheitsgesetz)“ vom 18. 10. 1935	189
4. Ehegesetz vom 6. 7. 1938	192
IV. Staatsangehörigkeitsrecht	195
1. Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Ab- erkennung der Staatsangehörigkeit vom 14. 7. 1933	195
2. Reichsbürger-gesetz vom 15. 9. 1935	199
3. Pläne zur Neuregelung	207
4. Die staatsrechtliche Stellung der im Ausland befindlichen Juden deutscher Staatsangehörigkeit: Die 11. Verordnung zum Reichs- bürgergesetz vom 25. 11. 1941	209
5. Die staatsrechtliche Stellung der „nichtdeutschen“ Bewohner des Reichsgebiets und der besetzten Gebiete: Staatsangehörig- keit auf Widerruf und Schutzangehörigkeit und ihre Folgen („völkische“ Abstufung)	215
V. Berufs- und Arbeitsrecht	221
1. Berufe mit staatlicher Zulassung	223
a) Rechtsanwälte und verwandte Berufe	223
b) Ärzte und verwandte Berufe	238
2. Sonstige freie Berufe	243
3. Arbeitsrecht	245
a) Jüdische Arbeitskräfte	245
b) Exkurs: Die sonderrechtliche Behandlung der „fremdvölkischen“ Arbeitskräfte	253
VI. Kultureller und sozialer Bereich	262

	Seite
VII. Wirtschafts- und Vermögensrecht	267
1. Maßnahmen zur Enteignung des jüdischen Vermögens	267
a) Enteignungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Reichskristallnacht	268
b) Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. 4. 1938 und die Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens.	269
c) Die 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.1941	274
d) Enteignung des inländischen jüdischen Vermögens aufgrund sonstiger Bestimmungen.	275
2. Behandlung des polnischen Vermögens im „Altreich“.	282
Exkurs: Steuerrecht	283
VIII. „Fremdvölkische“ im öffentlichen Leben.	288
1. Kennzeichnungspflichten.	288
2. Beschränkungen der persönlichen Bewegungsfreiheit	291
3. „Fremdvölkische“ Vereinigungen.	295
Exkurs: Polizeirecht	297
1. Maßnahmen gegen Juden im Bereich des herkömmlichen Polizeirechts.	302
2. Unterstellung der „fremdvölkischen“ Arbeitskräfte im Reichsgebiet unter Polizeistatut	304
Zusammenfassung	314
2. Abschnitt	
Die Verwirklichung der „völkischen Ungleichheit“ in den eingegliederten Ostgebieten.	317
Einleitung: Grundzüge der nationalsozialistischen (Verwaltungs-)Politik. Ausbeutung und Verdrängung der „Fremdvölkischen“.	317
I. Zielsetzung und Grundzüge ihrer Verwirklichung	317
II. Der neue Verwaltungstyp in den eingegliederten Ostgebieten: Primat der Partei und Lösung der regionalen Verwaltung von der Reichsverwaltung	342
III. Ergebnisse.	355
A) Grundlinie der nationalsozialistischen Sonderrechtspolitik: Trennung von Deutschen und „Fremdvölkischen“ und Diskriminierung der „Fremdvölkischen“ soweit als möglich.	358
B) Erscheinungsformen der sonderrechtlichen Maßnahmen: Ausnahmeregelungen auf der Grundlage des allgemeinen Rechts oder offenes Sonderrecht? (Der Kampf um die Einführung des preußischen Polizeiverwaltungsgesetzes).	373
C) Einzelne Sachgebiete.	386
I. Sozialer, politischer und kultureller Bereich	386
1. Umwandlung staatlicher Versorgungsleistungen in „Fürsorgeunterstützungen“.	386
2. Verbot politischer und kirchlicher Betätigung	387
3. Diskriminierungen im Bereich des „nichtdeutschen“ Bildungswesens.	391

	Seite
II. Wirtschaftlicher Bereich	395
III. Recht des öffentlichen Dienstes	404
IV. Berufs- und Arbeitsrecht	406
1. Berufe mit staatlicher Zulassung (Rechtsanwälte, Ärzte)	406
2. Arbeitsrecht und Arbeitsbedingungen	407
V. Staatsangehörigkeitsrecht für Polen und andere „Fremdvölkische“ („Deutsche Volksliste“)	414
1. Ausgangspunkt: Staatenlosigkeit aller „fremdvölkischen“ Einwohner der eingegliederten Ostgebiete	416
2. Verordnung über die Deutsche Volksliste und die deutsche Staatsangehörigkeit in den eingegliederten Ostgebieten vom 4. 3. 1941.	419
3. Auslegungsfragen der Verordnung vom 4. 3. 1941: Der Begriff der „Eindeutschungsfähigkeit“.	424
VI. Recht der Eheschließung	431
VII. Freizügigkeit und persönliche Bewegungsfreiheit	435
VIII. Einschränkung der Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten und die Wegnahme kultureller Lebensgüter	449
IX. Versorgung und Ernährung	453
3. Abschnitt	
Die Verwirklichung der „völkischen Ungleichheit“ im Generalgouvernement	459
Einleitung: Grundzüge der nationalsozialistischen (Verwaltungs-)Politik. Das Generalgouvernement als Muster der zukünftigen deutschen Kolonien.	459
I. Nahziele: Schaffung eines militärischen Aufmarschgeländes, Arbeitskräftereservoirs und wirtschaftlichen Ausbeutungsobjekts	459
II. Fernziele: Deutsche Kolonialherrschaft	463
III. Rechtlicher Status: „Nebenland des Reiches“ oder Teil des Reichsgebiets?	466
IV. Grundsätze der Verwaltungspolitik und ihre Ergebnisse	477
V. Grundsätze der Verwaltungsorganisation: Das Prinzip der Einheit der Verwaltung	483
VI. Tatsächliche Entwicklung: Personalmangel und Versagen der deutschen Dienststellen	497
A) Grundlinie: Trennung von Deutschen und „Fremdvölkischen“ und Diskriminierung der „Fremdvölkischen“ soweit als „nötig“	506
I. Juden	506
II. Polen	511
B) Der Charakter des sonderrechtlichen Systems: Normensystem anstelle geheimer Richtlinien	514
C) Einzelne Sachgebiete.	518
I. Kultureller Bereich	518
II. Wirtschaftlicher Bereich	529

	Seite
1. Polnisches Vermögen	533
2. Jüdisches Vermögen	535
Exkurs: Steuerrecht	540
III. Recht des öffentlichen Dienstes	541
IV. Berufs- und Arbeitsrecht	543
1. Berufe mit staatlicher Zulassung (Rechtsanwälte, Ärzte usw.)	543
2. Arbeitsrecht	549
a) Polnische und jüdische Arbeitnehmer	549
b) Folgen der Politik des „Arbeitseinsatzes“.	557
Exkurs: Sozialrecht	562
V. Staatsrechtlicher Status der „Fremdvölkischen“.	564
VI. Recht der Eheschließung	571
VII. Gesundheitswesen	572
VIII. Freizügigkeit und persönliche Bewegungsfreiheit	576
1. Aufenthaltsbeschränkungen und Ghettoisierung der jüdischen Bevölkerung	577
2. Weitere Einschränkungen der persönlichen Bewegungsfreiheit	583
IX. Einschränkung der Kommunikations- und Informationsmöglich- keiten für „Fremdvölkische“.	587

ZWEITER TEIL

Das Prinzip des Sonderrechts gegen „Fremdvölkische“ im Bereich der Justiz	593
--	-----

1. Abschnitt

Die Verwirklichung der „völkischen Ungleichheit“ im Gebiet des „Alt- reichs“.	593
--	-----

A) Strafrecht	593
I. Allgemeine Linie der nationalsozialistischen Strafrechtspolitik	593
1. Abkehr von den Grundsätzen des herkömmlichen Strafrechts	594
2. Grundlinien des nationalsozialistischen Strafrechts: „Autoritä- res Strafrecht“.	598
II. „Fremdvölkische“ Straftäter	600
1. Einführung sonderrechtlicher Normen	600
a) „Gesetz zum Schütze des deutschen Blutes und der deut- schen Ehre“ vom 15. September 1935.	600
b) Verordnung über die Strafrechtspflege gegen Polen und Juden vom 4. Dezember 1941.	606
2. Diskriminierung „fremdvölkischer“ Straftäter durch verschärfte Auslegung des allgemeinen Rechts.	608
a) Anwendung der Analogievorschrift des § 2 StGB.	609
b) Extensive Auslegung des Gesetzes.	609
c) Verschärfte Strafzumessung.	610
d) Verschärfte Anwendung des sogenannten Kriegsstrafrechts	612
e) Zusammenfassung	617
III. Stellung „fremdvölkischer“ Personen im Verfahrensrecht	623
1. Verschärfte Anwendung sachlicher Zuständigkeitsnormen (Son- dergerichtsbarkeit).	623
2. Stellung „fremdvölkischer“ Angeklagter und Zeugen im Straf- prozeß	624

	Seite
3. Endziel: Ausschluß „Fremdvölkischer“ aus dem gesamten Strafverfahren und der gerichtlichen Strafverfolgung (13. Verordnung zum Reichsbürgergesetz)	625
Exkurs: „Korrektur“ der Justiz durch die politische Führung	627
1. Einflußnahme der NSDAP.	627
2. Einflußnahme Hitlers und der SS- und Polizeiführung	638
a) Zurückdrängung der Justiz aus dem Bereich der allgemeinen Strafgerichtsbarkeit	638
b) Mitwirkung der Justiz am Prozeß ihrer Verdrängung durch die Polizei	643
aa) Institutionalisierte Zusammenarbeit: Informations-, Kooperationspflichten und -möglichkeiten der Justizbehörden gegenüber Polizei- und Parteistellen	645
bb) Reaktionen der Justizverwaltung auf polizeiliche Übergriffe: Grundsätzliche Hinnahme und Einzelfallkritik	654
cc) Flucht nach vorn: Verschärfung der Strafpraxis	659
dd) Einfügung der Justiz in die Linie der Polizeiführung seit 1942: Systematisierung der Willkür	663
3. „Korrektur“-Maßnahmen der Polizei bei der Strafverfolgung von „Fremdvölkischen“.	667
a) Zusammenarbeit zwischen Reichsjustizministerium und Polizeiführung: Abgabe „fremdvölkischer“ Gefangener an die Gestapo	667
b) Usurpation von Strafkompetenzen auf einzelnen Gebieten	668
aa) Sogenannte politische Delikte (einschließlich „Nacht- und Nebel“-Fälle), „Rassen“- und Sittlichkeitsdelikte	669
bb) Verstöße gegen arbeitsrechtliche Bestimmungen	674
c) Usurpation sämtlicher Strafkompetenzen	675
aa) Erlaß des Reichsführers SS und Chefs der deutschen Polizei vom 19. Januar 1942	675
bb) Runderlaß des Reichssicherheitshauptamtes vom 30. Juni 1943	676
4. Folgen der usurpierten polizeilichen Strafzuständigkeit	678
B) Bürgerliches Recht	685
I. Grundlinien der Umgestaltung des bürgerlichen Rechts auf „völkischer“ Grundlage	685
II. Das Prinzip der „völkischen Ungleichheit“ im Bereich des materiellen Rechts	688
1. Allgemeine Grundsätze	688
2. Schwerpunkte sonderrechtlicher Praktiken	692
a) Familienrecht	693
b) Erbrecht	703
c) Mietrecht	704
d) Arbeitsrecht	708
e) Handels- und Wirtschaftsrecht	711
III. Sonderrechtliche Prinzipien im Verfahrensrecht	714
1. Diskriminierungen jüdischer Richter und Rechtsvertreter	714
2. Diskriminierungen jüdischer Parteien (Armenrecht) und Zeugen - Der Plan einer Lösung vom gesetzlichen Verfahren	716
3. Diskriminierungen jüdischer Beteiligter im Vollstreckungsverfahren	718

	Seite
2. Abschnitt	
Die Verwirklichung der „völkischen Ungleichheit“ in den eingegliederten Ostgebieten.	720
Einleitung: Die politischen Ziele in den eingegliederten Ostgebieten. Erprobung des „Volkstumskampfes“.	720
A) Stufen der Verwirklichung der „völkischen Ungleichheit“.	727
I. Das Prinzip der „sinngemäßen Anwendung“ deutschen Rechts (Oktober 1939 - Mai 1940).	728
II. Von der „sinngemäßen Anwendung“ deutschen Rechts zum Sonderrecht (Sommer 1940 - Herbst 1941).	732
III. Schaffung offenen Sonderrechts für „Nichtdeutsche“ (seit Herbst 1941).	733
B) Das Strafrecht als Schwerpunkt des Sonderrechts gegen „Fremdvölkische“.	734
I. Grundlagen des materiellen Sonderstrafrechts.	735
1. Verordnungen der Militärverwaltung	735
2. Führererlaß über die Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete vom 8. Oktober 1939.	736
3. Verordnung über die Einführung des deutschen Strafrechts in den eingegliederten Ostgebieten vom 6. Juni 1940.	740
4. Die „Besonderen Strafvorschriften für die eingegliederten Ostgebiete“ in der Verordnung über die Einführung des deutschen Strafrechts in den eingegliederten Ostgebieten vom 6. Juni 1940	743
5. Verordnung über die Strafrechtspflege gegen Polen und Juden in den eingegliederten Ostgebieten (Polenstrafrechtsverordnung) vom 4. Dezember 1941.	744
a) Grundzüge der Polenstrafrechtsverordnung und ihre Rechtfertigung.	745
b) Einzelheiten der Polenstrafrechtsverordnung.	755
c) Pläne des Reichs Justizministeriums zur Ausdehnung der Polenstrafrechtsverordnung.	759
II. Stellung „fremdvölkischer“ Personen im Verfahrensrecht	762
1. Sondergerichte als Instrument zur Bekämpfung „fremdvölkischer“ Straftaten	762
a) Zuständigkeit	765
b) Verfahren.	766
2. Verfahrensrechtliche Diskriminierung von Polen und Juden nach der Polenstrafrechtsverordnung	768
III. Ausgestaltung des Sonderrechts durch die Gerichte: Überblick über die Urteilspraxis.	774
Exkurs: Eingriffe in die Kompetenzen der Justiz: Ausdehnung der politischen Strafzuständigkeiten.	793
1. Bestrebungen der Polizei zur Schaffung eines polizeilichen „Fremdvolkstraf rechts“.	793
2. Entwicklung bis zum Inkrafttreten der Polenstrafrechtsverordnung: Willkürakte und polizeiliche Standgerichtsbarkeit	796
3. Entwicklung nach Inkrafttreten der Polenstrafrechtsverordnung	808
a) Fortführung der illegalen polizeilichen Praktiken.	808

	Seite
b) Legalisierung der polizeilichen Standgerichtsbarkeit	809
c) Aushöhlung der Polenstrafrechtsverordnung durch Polizeierlasse.	812
C) Bürgerliches Recht	827
I. „Sinngemäße Anwendung“ des bürgerlichen Rechts.	827
II. Auseinandersetzungen zwischen Justizverwaltung und politischer Führung um die Einführung des bürgerlichen Rechts.	831
III. Verordnung über die bürgerliche Rechtspflege in den eingegliederten Ostgebieten vom 15. September 1941 (Ostrechtspflegeverordnung).	835
1. Materielles Recht	836
a) Der politische Vorbehalt für die Geltung deutschen Rechts in den eingegliederten Ostgebieten.	836
b) Anwendungsbereiche des § 4.	838
2. Formelles Recht	841
a) Ablehnung polnischer Ansprüche aufgrund „allgemeiner Rechtsgrundsätze“.	842
b) Der politische Vorbehalt für die Geltendmachung von Ansprüchen polnischer Volkszugehöriger.	843
c) Der politische Vorbehalt für die Anerkennung von Entscheidungen polnischer Gerichte und für deren Vollstreckung	845
3. Abschnitt	
Die Verwirklichung der „völkischen Ungleichheit“ im Generalgouvernement • •	847
Einleitung: Grundlinien der Rechtspolitik. Fortbestand des einheimischen Rechts und Primat der deutschen Aufsichtsverwaltung	847
A) Funktion und Aufbau des deutschen Gerichtswesens.	853
I. Aufsicht über das polnische Justizwesen.	853
II. Übernahme reichsrechtlicher Grundsätze.	856
1. Aufsichts- und Lenkungsbefugnisse.	857
2. Nachprüfung rechtskräftiger Entscheidungen.	858
3. Aufbau und Organisation des deutschen Justizwesens	861
B) Das Strafrecht als Schwerpunkt des Sonderrechts gegen „Fremdvölkische“.	864
I. Grundlagen des materiellen Strafrechts.	864
II. Stellung „fremdvölkischer“ Personen im Verfahrensrecht	869
1. Sondergerichte als Instrument zur Bekämpfung „fremdvölkischer“ Straftaten.	869
a) Zuständigkeit.	869
b) Verfahren	871
2. Zuständigkeit und Verfahren der deutschen Gerichte.	875
III. Ausgestaltung des Sonderrechts durch die Gerichte: Überblick über die Urteilspraxis.	877
Exkurs: Polizeiliche Strafzuständigkeiten.	886

	Seite
1. Die polizeiliche Standgerichtsbarkeit nach der Verordnung zur Bekämpfung von Gewalttaten im Generalgouvernement vom 31. Oktober 1939886
2. Ausdehnung der polizeilichen Standgerichtsbarkeit890
3. Zusammenarbeit und Konflikt zwischen Justiz und Polizei bei der Strafverfolgung „fremdvölkischer“ Täter.898
 C) Bürgerliches Recht904
I. Sonderrechtliche Elemente im materiellen Recht904
II. Sonderrechtliche Elemente im Zuständigkeits- und Verfahrensrecht905
III. Zusammenfassung: Rechtssetzung und Rechtspraxis in den eingegliederten Ostgebieten und im Generalgouvernement906
 Schlußbetrachtung913
 Literaturverzeichnis933
 Verzeichnis unveröffentlichter Quellen965
 Sach- und Ortsindex969
 Personenindex1029